

**PRESSE-
KONFERENZ**
26. Februar 2026

AK LEISTUNGSBILANZ 2025

948 Millionen Euro für Mitglieder erreicht -
2,3 Millionen Beratungen

RENATE ANDERL

Präsidentin der Bundesarbeitskammer und der AK
Wien

SILVIA HRUŠKA-FRANK

Direktorin der Bundesarbeitskammer und der AK
Wien



RAUES KLIMA – STARKE AK

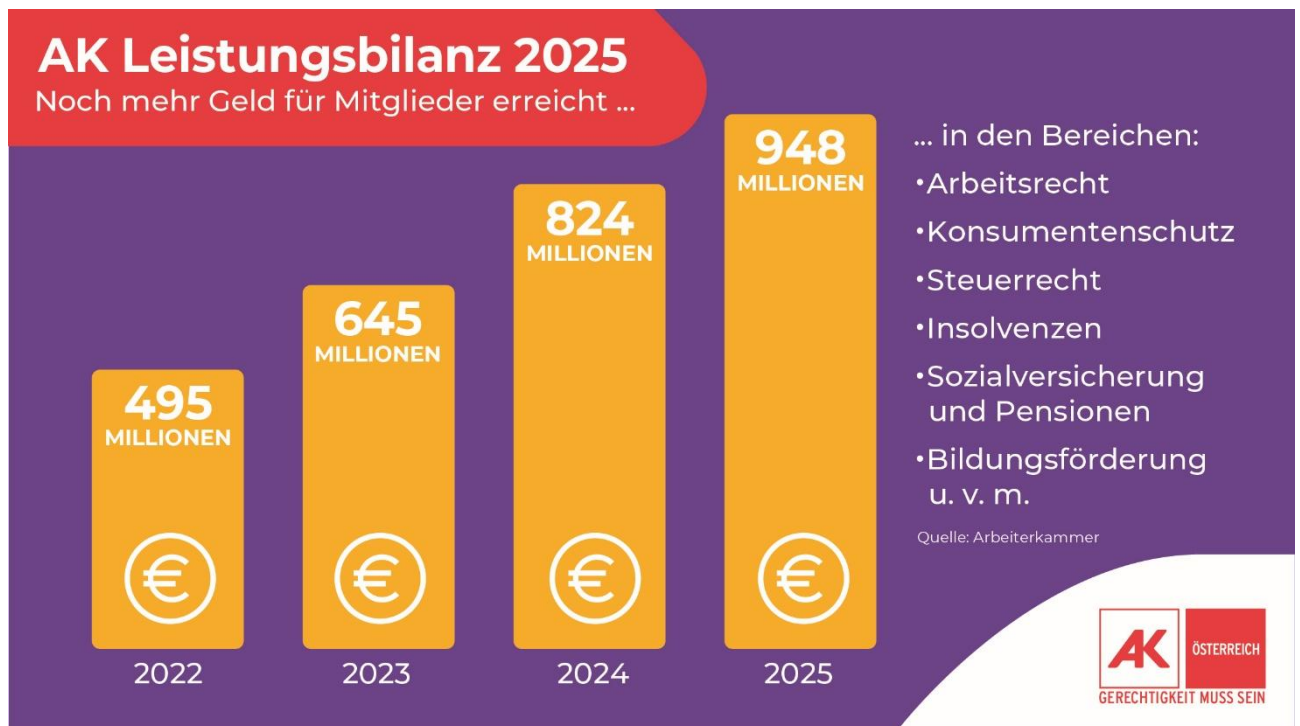
„Wo wir sind, ist Hilfe. Wo wir sind, ist Gerechtigkeit“, so das Resümee von AK Präsidentin Renate Anderl anlässlich der AK Leistungsbilanz 2025. In Summe konnte die AK im Vorjahr 948 Millionen Euro für ihre Mitglieder in den unterschiedlichsten Bereichen erreichen. „Im Vergleich zu 2024 ist das ein deutliches Plus von 15 Prozent“, rechnet AK Direktorin Silvia Hruška-Frank vor und betont gleichzeitig, dass „die AK Leistungsbilanz ein Spiegel der wirtschaftlichen Lage“ ist. „Wenn Unternehmen aufgrund der wirtschaftlichen Situation Beschäftigte abbauen, wenn der Arbeitsdruck so enorm wird, dass die Menschen krank werden oder wenn Betriebe in die Insolvenz schlittern, dann macht sich all das in unseren Zahlen bemerkbar“, erklärt Hruška-Frank. Darüber hinaus hat die AK aber auch alle Hände voll mit Unternehmen zu tun, die ihre Mitarbeiter:innen nicht korrekt entlohnen oder Überstunden falsch oder gar nicht berechnen. Und auch mit Fällen, in den Konsument:innen oder Mieter:innen ohne Zutun zu Schaden kommen. „Wir müssen gut und breit aufgestellt sein, denn unsere Expert:innen bekommen es mit einer Vielzahl an Problemen zu tun. Daher arbeiten wir ständig daran, unser Angebot weiter auszubauen und zu verbessern“, erklärt Anderl. Das Führungsduo erwartet auch im laufenden Jahr einen ähnlichen Andrang bei den Beratungen. „Es ist vor allem die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die weiter angespannt bleibt und die uns Sorgen bereitet. Denn das Konjunkturpflänzchen ist zart und die Früchte werden erst verzögert am Arbeitsmarkt ankommen“, so die AK Präsidentin. Und die AK Direktorin ergänzt: „Umfragen sagen uns immer wieder, dass die Menschen eine starke AK brauchen und wollen. Zudem feuern uns die hohen Vertrauenswerte, die die AK genießt, an, dranzubleiben und Tag für Tag für unsere vier Millionen Mitglieder einzutreten – egal ob in der persönlichen Beratung, in der Grundlagenarbeit, beim Verfassen von Stellungnahmen für Gesetze oder bei Schulungen.“

2,3 Millionen Beratungen – 948 Millionen Euro für die Mitglieder

Insgesamt führte die AK im Vorjahr 2.315.984 Beratungen durch. Das entspricht im Vergleich zum Vorjahr einem leichten Minus von 4,3 Prozent. Der Löwenanteil mit rund 1,5 Millionen Beratungen entfiel – wie üblich – auf die Bereiche Arbeitsrecht, Sozialrecht und insolvenzrechtliche Beratungen. Vor allem Insolvenzen standen 2025 im Fokus. „Obwohl die Zahl der Firmeninsolvenzen 2024 bereits sehr stark gestiegen ist, blieb das Insolvenzgeschehen auch 2025 hoch. Die höhere Zahl der abgeschlossenen Fälle bedeutete sogar noch höhere Auszahlungen 2025 an die Mitglieder als im Jahr davor. Wir hoffen, dass sich dieses Blatt im laufenden Jahr wieder wendet“, erklärt Hruška-Frank.

Dass trotz leicht gesunkener Beratungen deutlich mehr Geld für die rund vier Millionen Mitglieder herausgeholt wurde, lässt sich laut der AK Direktorin wie folgt erklären: „Wir verzeichnen immer mehr Fälle, bei denen es um enorme Summen geht, die wir für die Beschäftigten erstreiten können. Das kann schnell in die zehntausenden Euro gehen, manchmal auch in den Millionen-Bereich. Vor allem im Sozialrecht erleben wir seit dem Umbau der Sozialversicherung vermehrt Anfragen, weil oft zum Nachteil der Versicherten gehandelt wird und sich diese dann hilfeschend an uns wenden. Das sind zwar Erfolge, aber solche, auf die wir gerne verzichten würden.“

In Summe zeigt sich laut AK Präsidentin Anderl aber, wie „sehr die AK gebraucht wird – jetzt, aber auch in Zukunft“. Und weiter: „Wir unterscheiden nicht, ob es um Millionenbeträge oder um ein paar Euro geht. Jeder Fall ist gleich wichtig, weil hinter jedem ein Mensch steht.“



Drei Beispiele, in denen die AK geholfen hat

Beispiel 1 Älterer Arbeitnehmer überraschend gekündigt

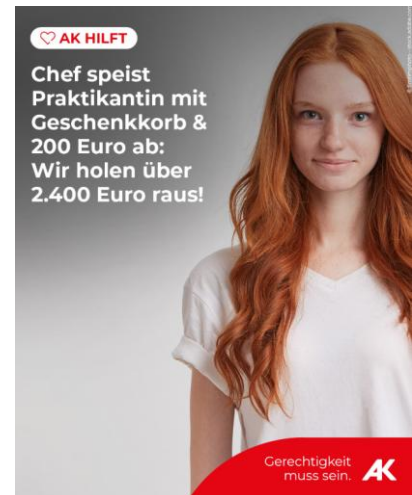
Immer wieder werden Forderungen nach einem höheren Pensionsalter laut. Doch in der Praxis werden ältere Beschäftigte oft schlecht behandelt. So wie Herr M, der 35 Jahre lang in einem metallverarbeitenden Betrieb tätig war und plötzlich überraschend mit 56 Jahren gekündigt wurde. Offiziell hieß die Begründung: Stellenabbau und Rationalisierung. Allerdings bekam ein jüngerer, deutlich billigerer Leiharbeiter den Job von Herrn M. Dieser suchte Hilfe bei der AK und bekam sie auch – in Form von **60.000 Euro**. Denn diese Form der „Austauschkündigung“ ist nicht zulässig.

Beispiel 2 Kein Pflegegeld für schwerkrankes Baby

Epileptische Anfälle und massive körperliche Beeinträchtigungen – damit kämpfte ein schwerkrankes Baby. Doch die Pensionsversicherungsanstalt PVA lehnte den Antrag auf Pflegegeld ab, da der Bedarf auf nur 38 Stunden pro Woche geschätzt wurde. Die AK zog vor Gericht – mit Erfolg! Dieses entschied, dass **Pflegestufe 6** gilt und nicht null – und zwar rückwirkend.

Beispiel 3 Praktikantin abgespeist

Wer wundert sich anhand solcher Fälle noch über den Fachkräftemangel? Eine Praktikantin arbeitete in einem niederösterreichischen Betrieb wie eine reguläre Arbeitskraft. Nach Beendigung des Praktikums drückte sich der Chef um die Bezahlung und speiste sie mit einem Geschenkkorb und läppischen 200 Euro ab. Die junge Frau wandte sich an die AK. Auch in diesem Fall zahlte sich die Intervention aus: Die AK ging vor Gericht und holte mehr als **2.400 Euro** für die Praktikantin heraus.



Weitere Highlights

Unzulässige Kreditbearbeitungsgebühren

Die AK setzte sich gerichtlich gegen zahlreiche Gebührenklauseln in den Kreditverträgen von Banken durch. So sind Kreditbearbeitungsgebühren der Santander Consumer Bank und der BAWAG P.S.K. rechtswidrig. Nach Verhandlungen mit den beiden Banken zahlen diese die unzulässigen Gebühren zurück. Betroffene Konsument:innen erhalten Beträge in einer **hohen zweistelligen Millionenzahl** aus **hunderttausenden Verträgen** zurück.

Erfolgreicher Kampf gegen Parkplatzabzocke

Die AK-Konsumentenberatung konnte vielen Autofahrer:innen helfen, die Opfer der sogenannten Parkplatzabzocke geworden sind. Neben konkreter Hilfestellung und mehreren Gerichtsverfahren gegen die Abzocker konnte die AK gemeinsam mit Autofahrerverbänden eine gesetzliche Änderung erreichen, die Parkplatz-Abzocke weniger lukrativ macht. 2025 wurden Fälle mit einem Gesamtbetrag von **100.000 Euro** positiv erledigt.

Geld für Mieter:innen zurückgeholt

Freude gab es bei den Mieter:innen der AMISOLA Immobilien AG. Die AK klagte erfolgreich wegen unerlaubter Vertragsklauseln zu Betriebskosten – und das zahlte sich aus. Die Mieter:innen erhielten insgesamt bis zu **1,28 Millionen Euro** an unrechtmäßig verrechneten Betriebskosten zurück. Das machte pro Haushalt im Schnitt rund 2.500 Euro aus.

Was die AK 2026 beschäftigt?

Die Zeiten für Österreichs Beschäftigte sind nach wie vor alles andere als einfach. Zwar zeigt die Konjunktur nach zwei Rezessionsjahren erste Anzeichen einer Erholung, und auch die Teuerung ist zu Jahresbeginn kräftig auf zwei Prozent gesunken. Allerdings bleibt die Lage auf dem Arbeitsmarkt weiter herausfordernd. Auch im Jänner lag die Zahl der arbeitssuchenden Menschen mit rund 456.000 um 2,4 Prozent über dem Vergleichsmonat des Vorjahres. Besorgniserregend ist vor allem, dass die Arbeitslosigkeit bei Frauen zuletzt deutlich stärker gestiegen ist als jene der Männer. Wifo und IHS erwarten zwar für das laufende Jahr ein leichtes Wirtschaftswachstum von rund 0,5 Prozent, das mittelfristig positive Impulse für die Beschäftigung und den Arbeitsmarkt bringen sollte, dennoch gilt es – gerade in Zeiten angespannter Budgets – nun die richtigen Schritte zu setzen. „Je länger eine Arbeitslosigkeit

dauert, umso schwieriger wird der Wiedereinstieg und umso höher ist das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung. Daher ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik gefragt denn je“, so AK Präsidentin Anderl.

Die AK wird daher im laufenden Jahr vor allem Forderungen und Konzepte vorlegen, wie die Lage auf dem Arbeitsmarkt nachhaltig verbessert und der Standort Österreich positiv weiterentwickelt werden kann. Ein Schwerpunkt wird weiters die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping sowie Wucher sein. Zudem rückt auch das Thema Pensionen in den Mittelpunkt. Konkret liegt das Augenmerk auf den Bereichen:

Arbeitsmarkt

- + Eine **Qualifizierungs- und Weiterbildungsoffensive**. Um das Ausscheiden von großen Teilen der Fachkräfte mit mittlerer Qualifikation zu kompensieren, brauchen wir eine Qualifizierung von jedenfalls 40.000 Personen auf einen Lehrabschluss und damit einen Ausbau des Weiterbildungsangebotes mit guter existenzieller Absicherung.
- + **Teilzeitarbeitende fair behandeln**. Es darf bei Teilzeitarbeit keine zuschlagsfreie Mehrarbeit geben, zudem müssen die gleichen Zuschläge wie bei Vollzeit bezahlt werden (50 statt 25 Prozent). Weiters braucht es einen Rechtsanspruch auf Stundenaufstockung, wenn regelmäßig Mehrarbeit geleistet wird.
- + **Ausreichend Mittel** für das AMS. Es darf keinesfalls bei der Beratung, Vermittlung und Förderung von Arbeitssuchenden gespart werden. Bewährte Projekte müssen mit genügend finanziellen Mitteln ausgestattet werden, um sie langfristig abzusichern und weiterzuentwickeln.

Lohn- und Sozialdumping

- + **Höhere Strafen**. Wiedereinführung des Kumulationsprinzips und Mindeststrafen bei schweren und wiederholten Verstößen.
- + **Mehr Kontrollen**. Notwendig ist eine massive personelle Aufstockung der zuständigen Behörden, insbesondere der Finanzpolizei.

Pensionen

- + Statt ein höheres gesetzliches Pensionsantrittsalter zu fordern, müssen **Maßnahmen für ältere Beschäftigte** gesetzt werden. Denn drei von zehn der ca. 25.000 mittleren Betriebe mit mehr als 20 Mitarbeiter:innen beschäftigen keine 60- bis 64-Jährigen. Ein Drittel der Frauen geht nicht aus der Erwerbstätigkeit in Pension. Und vier von zehn Arbeitnehmer:innen glauben, dass sie ihren Job nicht bis zur Pension durchhalten können.
- + **Bonus-Malus-System**. Betriebe, die die gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen, sollen unterstützt werden, wer keine älteren Mitarbeiter:innen beschäftigt, soll einen Ausgleichsbetrag leisten.

Die Leistungen der AK 2025



948 Mio.

Euro für unsere Mitglieder erreicht

In den Bereichen: Arbeitsrecht, Konsumentenschutz, Steuerrecht, Insolvenzen, Sozialversicherung und Pensionen, Bildungsförderung u. v. m.



4.660.000

Versand und Download von Ratgebern

#1 Steuer Sparen
#2 Arbeitsverhältnisse beenden
#3 Kinderbetreuungsgeld



7.153.000

Euro an Bildungsgutscheinen ausbezahlt
– an 68.000 Mitglieder



1.100

Stellungnahmen und Begutachtungen zu Gesetzen und Verordnungen



2.316.000

Beratungen haben wir durchgeführt

401.000 persönlich
1.573.000 telefonisch
342.000 E-Mail/Brief



94.600

mal haben wir Mitglieder gerichtlich und außergerichtlich vertreten



16.884.000

Aufrufe unserer Online-Rechner

#1 Brutto-Netto-Rechner
#2 Pensionsrechner
#3 Bankenrechner



4.015.000

Mitglieder in ganz Österreich



2.193.000

Medien aus den AK Bibliotheken ausgeliehen



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

Quellen: Arbeiterkammer – alle Angaben 2025
ARBEITERKAMMER.AT

AK Leistungsbilanz 2025

Rückfragehinweis:

Michaela Lexa-Frank
Kommunikation Team Content
Center
1040, Prinz Eugen Straße 20-22
T: +43 1 50165 DW 12141
M: +43 664 8454166
E-Mail michaela.lexa@akwien.at



WIEN.ARBEITERKAMMER.AT



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN